daß diese Trommelfeuer gegen uns vom „linken"-radikalen Flügel der Sozialdemokratie bis zum rechtesten der Faschisten eröffnet wird. Alles, was im Dienste des Younaplans steht, alles, was am Massenelend profitiert, alles, was den verfluchten Kapitalismus vor der drohenden Abrechnung schützen will, schließt sich zum „Ordnungsblock" gegen den Bolschewismus zusammen.

Es wiederholt sich, was in allen großen Revolutionen, bei allen mächtigen Erhebungen der unterdrückten Gesellschaftsklassen geschehen ist: die herrschende Reaktion, die ihren Untergang fürchtet, schlägt wie ein Tollwütiger gegen die Träger der Revolution um sich. In ihren Händen vereinigen sich alle physischen Machtmittel mit den Schleudern der Verleumdung. Die Severings und Grzesinskis, treue Knechte der Konzerne und Banken, gehen nicht nur mit der Schußwaffe auf uns los, sondern sie feuern gleichzeitig mit allen Waffen der Lüge. Sie ergänzen den politischen durch den „ideologischen" Kampf. Und das einzige „schöpferische" Ergebnis, dessen ihre verlumpte Ideologie noch fähig ist, bleibt der Spitzelbericht, die Vigilantenlüge.

Wir stehen im Kugelregen der Verleumdung.

Aber wir weichen ebensowenig vor dem heiseren Gebell der Hugenbergschen Zeitungsmeute, wie vor den bleiernen Geschossen der Zörgiebelschen Polizei. Armselige Wichte, elendes Journalistenpack, stumpfsinnige Polizeiseelen, die ihr glaubt, die deutsche Arbeiterklasse damit einzuschüchtern.

Wir verbergen nichts. Wir verschweigen nichts. Wir sprechen aus, daß die Massen hungern und im Elend zugrunde gehen, wenn sie sich nicht aufbäumen. Wir entlarven und untergraben die kapitalistische Raub- und Mordherrschaft. Wir schlagen dem Sozialfaschismus mit der proletarischen Faust in sein schuftiges Gesicht.

Jawohl, wir wollen die proletarische Diktatur. Wir wollen die ganze, durch nichts eingeschränkte Macht der Arbeiterklasse, wir wollen Sowjetdeutschland. Wir wollen den Youngplan in Stücke schlagen und den deutschen Kapitalismus mit ihm. Wir wollen eine revolutionäre Staatsmacht, die keinen Faschisten leben läßt, die den Siebenstundentag und die Fünftagewoche einführt, die der Arbeiterklasse und den werktätigen Mittelschichten das Höchstmaß an materiellem Wohlstand sichert und die den Sozialismus aufbaut, so wie es in der Sowjetunion geschieht.

Dieses Ziel ist Daseinsgrund der Kommunistischen Partei. Es steht in unserem Programm. Es lebt im Wollen und Handeln von Millionen Proletariern auf der ganzen Welt.

Für dieses Ziel kämpfen wir mit allen zweckmäßigen Mitteln, mit allen wirksamen Methoden, über deren Anwendung nicht Severing entscheidet, sondern das revolutionäre Proletariat.

Die regierenden Herrschaften machen sich die Sache zu leicht. Sie denken, daß sie es mit einem Haufen von Putschisten, mit wildgewordenen Verschwörern zu tun haben. Ein grausamer Irrtum! Wir sind Bolschewisten. Wir machen keinen Putsch. Wir erstreben viel mehr. Wir wollen die ganze Macht der Arbeiterklasse, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Darum führen wir den Kampf um Lohn und Brot, den Kampf für alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter, für Frauen und Jugendliche, für alles, was arbeitet und Not leidet. Wir kämpfen um das kleinste Stückchen Brot, um jede Scheibe Wurst, um jeden Tropfen Milch für jede einzige Arbeiterfamilie in Deutschland. Wir führen die proletarischen Wirtschaftskämpfe und organisieren den politischen Massenstreik. Und zugleich kämpfen wir für den deutschen Oktober, für die deutsche Sowjetmacht.

Unsere Partei besitzt eine feste und einheitliche, eine bolschewistische Führung, die aus den Reihen der Arbeiterklasse hervorgegangen, durch die leitende Hilfe der Komintern zusammengeschweißt und durch die grenzenlos harten Erfahrungen von zwölf revolutionären Kampfesjahren geschmiedet wurde. Darum gibt es bei uns kein „Geheimdirektorium", keine „Diktatoren", keine unkontrollierbaren Gruppen und Cliquen. Die Leitung unserer Partei, die jeden Schritt unseres Handelns in jeder konkreten Situation bestimmt — das ist das kollektive Zentralkomitee der KPD unter Führung unseres Parteivorsitzenden Ernst Thälmann, gewählt durch einstimmigen Beschluß des Weddinger Parteitages, der nach den Gesetzen der Parteidemokratie den Willen von 150 000 kommunistischen Arbeitern verkörpert.

Weil wir stark sind, weil wir unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Krise täglich und stündlich wachsen, weil das Vertrauen und die Tatkraft der Millionenmassen uns wie eine glühende Flut umbrandet — darum fürchten wir nichts. Weder den Kugelregen aus Karabinern, noch den Kugelregen aus feindlichen Zeitungsschlünden. Die Nervosität, die Panik, die irrsinnige Hysterie überlassen wir der herrschenden Klasse und ihren Bütteln.

Wir fechten diesen Kampf durch, wie es Bolschewiki gewohnt sind: mit kaltblütiger Entschlossenheit, mit unzerbrechlichem Angriffsgeist, mit zielbewußter, klarer, fester Orientierung auf die Arbeitermassen in den Fabriken und Schächten.

Entlarvte national-„sozialistische" Demagogen

Thüringer Naziregierung kündigt Steuerraub an

„Selbstverständliche Pflicht, die Weimarer Verfassung zu wahren und zu schützen"

Weimar, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute gab der Finanzminister Baum im Namen der Regierung, in der auch die Nationalsozialisten vertreten sind, vor dem Landtag die Regierungserklärung ab. Es heißt darin, daß es für die Regierung eine selbstverständliche Pflicht sei, die Weimarer Verfassung zu wahren und zu schützen. Zum Ausgleich des Staatshaushaltes werden weitere „Sparmaßnahmen" an Hand des Gutachtens des Sparkommissars und neue Steuern angekündigt. Die Wahlversprechungen der Nationalsozialisten vor der Wahl entpuppen sich als größte Demagogie bei der Behandlung der Erwerbslosenfrage im Regierungsprogramm. Dort wird zur Steuerung der allgemeinen Not der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentnern usw. eine öffentliche Sammlung in Aussicht genommen. Am Schluß der Regierungserklärung heißt es, daß der Gedanke der „völkischen" Notgemeinschaft vor und über allen parteipolitischen Gesichtspunkten und Zielen zu stehen habe, damit die Regierung das gesteckte Ziel erreichen könne. Der letzte Absatz ist zurückzuführen auf die nationalsozialistische Teilnahme an der Regierung. **Im übrigen wird durch diese Regierungserklärung neue Massenbelastung und ein ausgesprochener Hungerkurs mit Verhöhnung der Erwerbslosen durch Abspeisung einer Bettelsammlung angekündigt.**

Auf der untersten Stufe angelangt

Demagogische „Spar"anträge der „Linken" / Sozialfaschistische Gesinnungslumperei

Die Edel, Böchel kündigen in ihren Lügenblättern eine große „Aktion" an. Die Landtagsfraktion der SPD stellte den Antrag, die Ministergehälter auf 18 000 Mark jährlich herabzusetzen. Den Direktoren der Sächsischen Werke soll nach einem weiteren Antrag ein Jahresgehalt von 16 000 Mark gegeben werden. Solche Anträge stellt die SPD, deren Mitglieder in der Reichsregierung 45 000 Mark jährliche Bezüge haben, deren Mitglied Löbe als Reichstagspräsident 40 000 Mark jährliches Einkommen hat.

Es ist ja so billig, solche Anträge zu stellen, und man kann sich so schön um die wichtigsten Dinge herumdrücken. Heute sind die entscheidenden Fragen für die Arbeiter die Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosenmassen. Für diese Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen kämpfen, heißt aber die Massen selbst in den Kampf führen. Die Kräfte der Arbeitermassen mobilisieren bedeutet, den Kapitalismus selbst gefährden, und davor haben diese „Linken" eine begreifliche Angst. Sie machen Meckeroppposition in der Hoffnung, bald mit an die Krippen heranzukommen. Aber das Niveau dieser SPD-„Politik" ist bereits auf der untersten Stufe angelangt, es ist das Niveau der Hitlerleutchen.

Kein Arbeiter wird den „Linken" glauben, daß durch die Einsparung von 100 000 Mark Gehalt an den Ministern und Direktoren den Massen auch nur im geringsten geholfen wird.

Die Kommunisten werden den Herrschaften natürlich keinen Raum für ihre Manöver lassen und für die Anträge stimmen. Die Arbeiter aber sehen allein daran, daß die SPD 18 000 Mk. für die Minister bewilligt, sie sich prinzipiell in nichts von der Bourgeoisie unterscheidet.

Die Gehälter der Staatsbeamten sind nur im proletarischen Staat so, daß die höchsten Funktionäre mit den Arbeitern auf gleicher Stufe stehen.

Das wünscht die SPD nicht. Sie fürchtet eine solche proletarische Gehaltspolitik; deshalb kämpft sie wie Berserker gegen die proletarische Revolution. **Aber die Arbeiter werden mit uns gehen, und schon jetzt wird in den Betrieben gerüstet, um die Verteidiger dieser „linken" Demagogie aus der Führung der Belegschaft herauszuwerfen. Duldet in keinem Falle, daß die Bankrotteure und Betrüger die Massen weiter belügen.**

Skandalöse Zustände bei der Kinderspeisung

Reichsmittel für andere Zwecke verwendet / 42 000 Mark Zinserträge aus zurückgestellten Beträgen

Am Donnerstag beschäftigte sich der Untersuchungsausschuß des Sächsischen Landtages mit dem Heilerholungsheim Wachwitz, in dem bettnässende Kinder untergebracht sind. Dabei berichtete die Referentin für Kinderspeisung in Sachsen, es seien 120 000 RM aus den Mitteln der Kinderspeisung zur Finanzierung dieser Anstalt verwendet, die ganz einfach der Kinderspeisung entzogen wurden. Von den Ueberweisungen des Reichs für die Kinderspeisung wurde jährlich ein bestimmter „Spitzenbetrag" zurückgehalten und irgendwo angelegt. Dadurch seien **42 000 RM allein an Zinsen aufgelaufen,** über die das Ministerium nach „eigenem Ermessen" verfügt. Aus dem Protokoll einer Fachausschußsitzung vom 14. Januar 1929 ging hervor, daß ein Herr Oberlehrer Mehnert, Dresden, mehr Mittel für Kinderspeisung wünschte und die Referentin, Frau Reg.-Rat Hörig, ihr „Bedauern" darüber aussprach, daß keine Mittel mehr vorhanden seien; man wolle sich aber bei der Reichsregierung bemühen, usw. usw. Das erklärte dieselbe Dame, die schon ein Vierteljahr früher 120 000 Mark für das Erholungsheim aus der Kinderspeisung gegeben hatte und dem Ausschuß gegenüber betonte, sie Herr Mehnert habe „nicht das rechte Verständnis" für Kinderspeisung. Höher geht's nimmer. Von den kargen Mitteln, die für die Kinderspeisung überwiesen wurden, macht diese „Ehrendame" Rücklagen, mögen die Arbeiterkinder zugrunde gehen, das interessiert eine solche Bürokratenseele nicht. Es ist ein unaussprechlicher Skandal. Jetzt werden die Ueberweisungen vom Reich weil die Müller-Regierung bekanntlich notwendiger Panzerkreuzer benötigt eingestellt, und die Summe von 120 000 Mark ist in dem Heilerholungsheim Wachwitz fest, in einer Zeit, wo gerade die Speisung der Erwerbslosenkinder am dringendsten notwendig ist. Der Abg. Dobbert (SPD) bemühte sich sehr, um der Frau Reg.-Rat aus der Klemme zu helfen und gab ihr ein, daß sie bei der Ueberweisung doch wohl damit gerechnet habe, den Betrag jederzeit wieder herausholen zu können. Das ist aber unmöglich, solange die Regierung nicht besondere Zuwendungen macht.

Wir fordern jedenfalls, daß diese Regierungsrätin beseitigt wird die den Arbeiterkindern die Speisung vorenthält. Wir fordern weiter, daß die Regierung für die 120 000 RM. sofort anderweitig Mittel aufbringt, damit das Geld für die dringend notwendige Kinderspeisung Verwendung findet.

Selbstverständlich haben wir nicht die Illusion, daß die Regierung etwas Ernsthaftes tut, aber die Arbeitermütter können hier erkennen, wie willkürlich die kapitalistische Regierung handelt, daß sie selbst die kargen Mittel, die für Arbeiterkinder vorhanden sind, noch anderen Zwecken zuführt. Diese Praxis des sogenannten Wohlfahrtsministeriums zeigt ganz klar, daß es Zeit ist, Schluß zu machen mit dem kapitalistischen System. Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen müssen sich einreihen in die von der KPD geführten Kampffront und mithelfen, dieses schändliche System zu beseitigen. Wenn die Arbeitermassen selbst die Macht in Händen haben, geben erst die proletarischen Mütter als Organisatoren für Kinderhilfe die Gewähr, daß in erster Linie alles für die Arbeiterkinder getan wird. Die Gemeindevertreter der KPD müssen in ihren Gemeinden aber einmal nachprüfen, ob wirklich keine Vorschläge an die Bezirksverbände gemacht wurden zur Verschickung von erholungsbedürftigen Kindern nach Mick. Sendet der Landtagsfraktion sofort Berichte über die Nichtstellungnahme.

Agitprop-Konferenz im UB Dresden

Am Sonntag dem 2. Februar 10 Uhr im Bürgergarten

Sämtliche Agitpropfunktionäre, Zeitungskolporteure, Literaturobleute der Stadtteile, Arbeitsgebiete, Zellen und Ortsgruppen müssen unbedingt erscheinen.

Tagesordnung: Wichtige Agitpropangelegenheiten. Referent: Genosse Sindermann.

Antibolschewistische Lügen

Vorstoß im Gerichtssaal

Berlin, 30. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

In der heutigen Verhandlung im Tschermonzen-Fälscherprozeß wurde die bereits gestern angekündigte unverschämte Provokation gegen die Sowjetregierung durchgeführt. Nachdem der Putschist Ehrhardt vernommen worden war, gab der Rechtsanwalt Beer als Vertreter des Angeklagten Sabatheiaschwili eine Erklärung ab, in der die Sowjetregierung beschuldigt wird, ausländische Währung in großem Umfange gefälscht zu haben, darunter auch jene Hundert-Dollar-Noten, deren Fälschung jetzt aufgedeckt wurde. Der Rechtsanwalt erzählte einen ganzen Roman, in dem geheimnisvoll die Namen der Genossen Jarowski, Kaganowitsch und Artukl als „Leiter der Fälscheraktion" genannt werden. Der famose Herr Beer, der sich mit seinem Märchen zum Sprachrohr des ebenso zynischen wie blöden antibolschewistischen Schwindels machte, fand die vollste Unterstützung der Klassenjustiz. Das Gericht beschloß noch im Verlauf der heutigen Sitzung als wahr zu unterstellen, „daß Banknotenfälschungen als politisches Kampfmittel des einen Staates gegen den anderen angewandt werden".

Dieser Beschluß bedeutet nichts anderes, als den Versuch, der Sowjetregierung die Praxis und die Konkurrenzmethoden der kapitalistischen Mächte zu unterschieben.

Groeners Angst vor der kommunistischen Propaganda

Die Telegrafenunion verbreitet folgende Mitteilung des Reichswehrministers Groener. Von seiten des Reichswehrministeriums wird nunmehr eine bis ins einzelne gehende Uebersicht über die in der letzten Zeit besonders verstärkte Zersetzungsarbeit in der Reichswehr und in der Reichsmarine gegeben. Die Propagandaarbeit der Kommunisten ist danach folgende:

Durch besonders geschulte Funktionäre der KPD werden **mit größter Vorsicht Zersetzungsschriften den Soldaten** in einzelnen Exemplaren im Gedränge der Straße oder in Gaststätten **harmlos** in die Hand gedrückt oder in die Mäntel gesteckt, an **unbeobachteten** Stellen in den Kasernen niedergelegt oder über **die Kasernenmauer** geworfen, neuerdings auch durch die Post **zugestellt. Auf den verschiedenen** Wegen wird versucht kommunistische Zellen in der Wehrmacht zu bilden. Hierzu werden **verwandtschaftliche**, freundschaftliche und sonstige Beziehungen **zu Angehörigen der Wehrmacht** oder deren Beziehungen zu **weiblichen Personen** ausgenutzt. Mündliche Propaganda wird **auf der Straße**, in der Eisenbahn, in Gaststätten, Tanzsälen usw. **getrieben.** Man versucht außerdem, geschulte Mitglieder **der KPD in die Reichswehr** einzuschmuggeln, die das Waffenhandwerk **gründlich** zu erlernen haben. Schließlich geht man darauf hinaus, Soldaten ausfindig zu machen, die bereits und schlecht qualifiziert sind.

Gegen diese Wühlarbeit werden Gegenmaßnahmen auf dem Wege der **Aufklärung** und auf disziplinarischem Wege ergriffen. Eine genaue Uebersicht unterrichtet über die Verbreitung der kommunistischen Flugschrift „Der Reichswehrsoldat", von dem der zweite Jahrgang Nr. 1 herausgegriffen ist. In 37 Fällen, die sich auf das gesamte Reichsgebiet erstrecken, wird die Verbreitungstaktik im einzelnen nachgewiesen. Eine Reihe von Propagandisten ist bereits rechtskräftig verurteilt worden, einige Reichswehrangehörige wurden fristlos entlassen. Dagegen wird der von den Kommunisten bekanntlich propagandistisch ausgewertete Zwischenfall auf dem Kreuzer „Emden" vom Herbst vorigen Jahres als eine geschmacklose Ungehörigkeit angesehen, die einen Zusammenhang mit der Zersetzungstätigkeit der Kommunisten nicht erkennen läßt. Die Entlassung der an dem Zwischenfall Beteiligten ist wegen Unwürdigkeit eingeleitet. Es ist von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß die Reichswehr jeden kommunistisch beeinflußten Mann sofort aus ihren Reihen entfernt. Solange sie die Möglichkeit hierzu hat, wird die Zersetzungsarbeit, wie bisher, völlig erfolglos bleiben, und jeder Versuch eines gewaltsamen Umsturzes wird von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Es zeigt die Angst des Reichswehrministers Groener vor der kommunistischen Propaganda, daß er sich zu solchen Drohungen versteigt, die selbst die Ulaste Wilhelms in den Schatten stellen. Die Nationalsozialisten treiben, wie alle anderen Faschisten, ihre Propaganda in der Reichswehr; ihre Taktik wurde offen enthüllt, anläßlich ihrer Anweisung für die Thüringer Landespolizei, in die sie ihre Mitglieder hineinschicken, um sie „waffentechnisch ausbilden" zu lassen. Gegen die faschistische Propaganda wendet sich Groener nicht, aber er droht jedem kommunistenverdächtigen Soldaten mit fristloser Entlassung. Doch die Geschichte hat gezeigt, daß derartige Drohungen wirkungslos geblieben sind.

Thyssenproleten wählen rote Betriebsräte

Essen, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach der gestrigen Auszählung liegt nunmehr das Thyssen 1, 6 und 2, 5 folgendes Gesamtergebnis der Betriebsrätewahl vor: Opposition 1511, Reformisten 1328, Christen 670, Hirsche 63, Angestellte 125, gelbe Beamte 79 Stimmen. Die Opposition hatte bisher einen einzigen Vertreter, jetzt erhält sie 7 Sitze im Betriebsrat, die Reformisten nur 6.

Der Massenzustrom zur KPD

In Langendreh fand eine Erwerbslosenversammlung statt, an der 150 Erwerbslose teilnahmen. Ein russischer Delegierter gab Bericht über den russischen Fünfjahrplan. Im Verlauf der Versammlung wurden 73 Aufnahmen für die Partei und 2 für den KJVD gemacht.

Faschistische Waffenschiebungen

Berlin, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde in der Pariser Straße vor einem kleinen Laden eine Waffenverschiebung durch Zufall entdeckt. Beim Abladen einiger Warenballen entstand plötzlich eine Explosion. Es stellte sich heraus, daß in den Ballen umfangreiche Infanteriemunition enthalten war. Das zuständige Polizeirevier wurde sofort benachrichtigt. Zörgiebel hat jedoch bisher keine Silbe über die Herkunft der Munition und überhaupt über den ganzen Vorfall verlauten lassen. Offenbar handelt es sich hier um Munitionsschiebungen faschistischer Kreise, die durch das Verhalten der Polizei Zörgiebel gedeckt wird.